

FL-Motion hätte laufenden Revisionsarbeiten vorgegriffen

GÜNTHER FRITZ

VADUZ. Die Überweisung der FL-Motion zur betrieblichen Personalvorsorge zum jetzigen Zeitpunkt betrachte er als nicht zielführend, sagte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer gestern Abend im Landtag. Die Überweisung der Motion wäre deshalb nicht hilfreich, weil sie einem breit abgestützten Prozess vorgeifen würde. Es würden damit Weichenstellungen

getroffen, «bevor das Gesamtkonzept steht und bevor die involvierten Anspruchsgruppen die Möglichkeit hatten, ihre Positionen zu erläutern und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.»

Minimalbeiträge zu tief

Diese Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, in dessen Ministerium die Arbeiten zur Revision des Gesetzes für die betriebliche Perso-

nalvorsorge bereits seit dem Sommer laufen, wurde von der Mehrheit des Landtags geteilt. Nur 4 Abgeordnete stimmten für die Überweisung der FL-Motion, welche die Anhebung der Minimalbeiträge von derzeit 8 Prozent auf neu 10 Prozent fordert. Dabei sollte das Verhältnis von Arbeitgeber- zu Arbeitnehmerbeiträgen mindestens 55 zu 45 Prozent betragen. Ausserdem wollte die Freie Liste erreichen, dass die Regierung die Ein-

schränkung des Kapitalbezugs bei Rentenantritt in Erwägung zieht.

Erste Säule mit einbeziehen

VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser begrüsst es, dass bei den laufenden Revisionsarbeiten die Wechselwirkungen zwischen dem Gesetz zur betrieblichen Personalvorsorge und dem ebenfalls reformbedürftigen AHV-Gesetz berücksichtigt werden. ▶ [LANDTAG 5-8](#)